

Jürgen Trittin

Das Märchen der Atomkraft

Meine Damen, meine Herren,

Danke für ihre Einladung hierher zu Ihnen nach
Sao Paulo.

Es ist mir eine Freude Sie - *Marijane Lisboa* - und
Sie - *Chico Whitaker* - hier wieder zu treffen und
vor ihrem Publikum zu sprechen.

Ich habe sehr gute Erinnerungen an Brasilien,
denn im Jahr 2003 haben Sie mich als Umwelt-

minister in *Fortaleza*, der Hauptstadt der nord-östlichen Provinz *Ceara*, bereits empfangen.

Damals habe ich Brasiliens Engagement im Bereich Erneuerbare Energien kennengelernt etwa beim Besuch einer Fabrik für Windräder.

Wir wollten mit der damaligen Regierung der GRÜNEN und der SPD die Energiezusammenarbeit auf eine neue Grundlage - **jenseits von Atom** - stellen. Dafür traf ich mich mit ihrer damaligen Umweltministerin *Marina Silva* und der damals noch Energieministerin *Dilma Rousseff*.

Die hatten beide dazu höchst gegenteilige Auffassungen.

In einem anderen Bereich war die Zusammenarbeit bei meinem zweiten Besuch 2006 im Nordosten um *Salvador de Bahia* herum besser.

Es ging um die Kooperation bei der Produktion von Biodiesel aus Rizinus – gerade in semiariden Gebieten.

1 **Ökonomisches Auslaufmodell**

Heute wollen wir über das deutsch-brasilianische Atomabkommen sprechen. Ein Abkommen, das eine sozialliberale deutsche Regierung mit der vor 50 Jahren an die Macht gekommenen Militärjunta Brasiliens geschlossen hat.

Ein Abkommen, das vielfach aus der Zeit gefallen ist:

↳ Die Junta musste der Demokratie weichen.

↳ Atomkraft ist weltweit auf dem Rückzug.

↳ In Deutschland wird das letzte Atomkraftwerk 2022 abgeschaltet werden.

↳ Schon vor 30 Jahren hat sich die SPD von der Atomkraft abgewandt - und die FDP ist gar nicht mehr im Bundestag.

Warum also gibt es noch ein Deutsch-Brasilianisches Atomabkommen?

Müssen wir wirklich drei Jahre nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima wir immer noch über Atomkraft streiten?

Wenn manche wegen des Ausstiegs aus der Atomenergie von einem deutschen Sonderweg reden, dann kommen sie mir vor, wie jene Autofahrer, die im Radio von einem Geisterfahrer auf ihrer Autobahn gewarnt werden und sagen:

Wieso einer? Hunderte kommen mir entgegen.

Ja, es werden Laufzeiten alter Atomkraftwerke verlängert, weil man zu spät Kapazitäten aufgebaut hat. Und es werden lautstarke Ankündigungen gemacht etwa von 7-8 neuen Atomkraftwerken in Polen, oder 5 in Großbritannien.

Nur, **gebaut werden sie nicht**. In Europa ist die Zahl der Atomkraftwerke rückläufig, der Anteil des Atomstroms sinkt – absolut wie relativ. Der Anteil der Erneuerbaren wächst. Ganze zwei Kraftwerke sind in Europa im Bau – laut der *Internationalen Energie Agentur* müssten es allein in Frankreich sechs sein, wollte man bloß den jetzigen Stand halten.

Und es ist auch keine europäische Marotte. In den USA ist seit dem Unglück in *Harrisburg* Ende der Siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts kein nennenswerter Neuauftrag vergeben worden.

Der Grund sind nicht nur die Erfahrungen, die man mit einer gefährlichen Technik gemacht hat. Der tiefe Grund ist die Wirtschaftlichkeit.

Atomkraftwerke sind schlicht zu teuer. Sie sind nicht wettbewerbsfähig.

Die deutschen Konzerne *RWE* und *E.on* hatten die Genehmigung in Großbritannien ein Atomkraftwerk zu bauen. Sie haben die Genehmigung zurückgegeben. In Deutschland an der Strombörse kostete damals der Strom 6 Cent die kWh. Großbritannien wollte ihn auf das **Doppelte für Atomstrom hochsubventionieren**. Doch für 12 Cent kann man kein Atomkraftwerk neu bauen – deshalb gaben die deutschen Atomkonzerne ihre Lizenz zurück.

In den USA hat jahrelang billige Kohle den Bau von Atomkraftwerken unrentabel gemacht. Nun wird diese Kohle durch das noch billigere Schiefergas verdrängt – neue **Atomkraftwerke werden noch unrentabler.**

Die billigste Form in Deutschland Strom in Neuanlagen zu produzieren ist mittlerweile **Wind an Land** mit **6-7 Cent die kWh Kosten**, gefolgt von Photovoltaik mit 8-9 Cent, während fossile Kraftwerke zwischen 8 und 11 Kosten haben, wenn sie auf 6000 Betriebsstunden im Jahre kommen. Das kommen sie aber in Deutschland immer weniger.

In diesem Umfeld ist Atomkraft ein Auslaufmodell. Sie kann ohne offene und verdeckte Subventionen des Staates nicht produzieren.

Und das ist nur die betriebswirtschaftliche Seite der Medaille. Reden wir über die volkswirtschaftliche Seite, also die gesellschaftlichen Kosten dann stellen wir fest:

- ↳ In der Kalkulation für Atomkraft, **fehlen** die Kosten der Infrastruktur für **Forschung und Entwicklung**.
- ↳ Es fehlen die Kosten, die die **Risiken für Mensch und Umwelt** ausmachen.
- ↳ Vor allem aber haben wir **keine Antwort** auf die Frage nach dem späteren **Rückbau und der Endlagerung**.

Es fehlen aber vor allem weitere Kosten: Die Kosten für den Super Gau.

Atomkraft ist nicht nur unrentabel.

Ihr Risiko ist nicht versicherbar.

Bis *Three Mile Island* bei Harriburg/Pennsylvania (1979) über *Tschernobyl* (1986) und *Fukushima* (2011) war es eine **interessante Theorie**, dass Atomkraft die sicherste und günstigste Energieform sei.

Die Erfahrungen haben uns belehrt:

Die Risiken für Mensch und Natur sind **unverantwortbar**. Die Atomkatastrophe von Fukushima zeigte, dass selbst in einem Hochtechnologieland wie Japan die Risiken nuklearer Stromerzeugung unbeherrschbar sind.

Es ist dort nicht zu einem sondern einem **mehrfachen Super-Gau** gekommen. Die Katastrophe **geht weiter**. Täglich fließt radioaktiv verseuchtes Wasser in den Pazifik.

Die gesundheitlichen Schäden einer Katastrophe wie übrigens des **Uranabbaus** – auch hier in Brasilien - sind massiv. Die möglichen Langzeitfolgen wirken **mutationsfördernd und erbgutschädigend**.

Die Wahrheit ist auch, dass Atomkraft **ökologisch fahrlässig** ist und bleibt, weil wir bisher noch keine Antwort haben auf die Frage der ökologischen Entsorgungskosten. In Deutschland liegen im maroden Atommüll-Lager Asse tausende **rostende Fässer mit radioaktiven Abfällen**. Eine Bergung derer ist aufgrund der Strahlung nur mit Milliardenaufwand möglich. Es sind

die abgebrannten Brennstäbe, die noch mehrere tausend Jahre radioaktive Strahlung abgeben.

Die unverantwortbaren Hinterlassenschaften der Atomkraft gepaart mit den Risiken einer Panne, diskreditieren die Atomkraft als nicht verantwortlich.

2 Atommächte der 1950er

Die Motive zur einstigen Entwicklung der Atomkraft liegen jenseits ökonomischer Rationalität. Der Mythos der günstigen Atomkraft, die wirtschaftlich rational sei, ist der Mythos der Nachkriegszeit und entspricht keiner empirischen Erfahrung.

Der Mythos ist in Wirklichkeit eine Idee oder wenn man so möchte eine **politische Vorgabe**

der USA und der angehenden europäischen Atomkräfte der 1950er Jahre.

Sie hatte das Ziel die zivile und militärische Nutzung der Atomkraft weltweit zu kontrollieren.

Daraufhin gründete sich die **IAEA**, die fortan den Missbrauch von Spaltmaterial zum Bau von Atombomben verhindern sollte.

Es ging nicht um Energieversorgung sondern um die Verhinderung von Proliferation.

Die Idee einer gemeinsamen Vorstellung der kostengünstigen Atomkraft war dabei eine Idee *Eisenhowers*. Sie diente als Grundlage einer fruchtbaren Zusammenarbeit.

Doch Eisenhowers Idee und sein Plan „*Atoms for Peace*“ scheiterte.

Während England und Frankreich die militärische und zivile Nutzung der Atomkraft parallel mit den USA in Arbeitsteilung weiter ausbauten, entwickelte die Sowjetunion ein eigenes Atomprogramm und baute dies im kalten Krieg konsequent weiter aus.

Doch viele Staaten, die später den Nichtverbreitungsvertrag unterzeichneten, wie Japan und Deutschland verschafften sich unter dem Deckmantel der Atomenergie Zugang zu einer Technologie – von der Anreicherung bis zur Wiederaufarbeitung - die sie **nur eine Schraubenzieherdrehung vor der militärischen halten** ließ.

So war der Nutzen der Atomkraft nie ausschließlich ziviler, sondern auch stets militärischer Natur.

Und deshalb unterlagen die national-politischen Entscheidungen für Atomkraft keiner ökonomischen Rationalität.

Es waren vielmehr infrastrukturelle, regulatorische und sicherheitspolitische Entscheidungen.

Und Interessen, die unterschiedlich motiviert und in der Regel auf sehr gut organisierte Interessengruppen zurückgeführt werden können – etwa die der Wissenschaft oder eben gerade **des Militärs.**

Auch die Absicht der brasilianischen Militärdiktatur war damals nicht die Versorgung seiner Favelas mit Energie.

3 Deutsch-Brasilianische Zusammenarbeit

Brasilien erzielte unmittelbar vor der Katastrophe in Fukushima noch 3 Prozent seiner Stromerzeugung durch Kernenergie.

Brasilianisches Ziel bis 2030 waren vier bis acht Atomstandorte zu entwickeln und den Nuklear-Anteil am Energie-Mix von **3 auf bis zu 10 Prozent zu erhöhen.**

Doch die Nutzung der Kernenergie **Brasiliens** liegt im Vergleich zu **Deutschland** deutlich nied-

riger, wo der **Anteil 2012 noch bei 16,1 Prozent lag.**

Das ist gut, denn Sie verfügen über riesige Potentiale für Erneuerbare Energien.

Und so war es auch *Mauricio Tolmasquim*, der Chef der staatlichen Energieplanungsbehörde – der EPE, wo ich gestern ein Treffen hatte, der sagte, dass es *„unwahrscheinlich ist, dass Brasilien nach der Katastrophe im japanischen Fukushima bis 2030 vier neue Atomreaktoren bauen werde“*.

Doch obwohl Brasilien ein Land ist, das 75 Prozent seiner Strom-Nachfrage mit Wasserkraft deckt und die Atomenergie in Brasilien nur einen Anteil von drei Prozent an der Gesamt-

stromerzeugung hat, befinden sich in *Angra* noch 3 Reaktoren:

Zwei Reaktoren in Betrieb und einer – mit deutscher Technik von Siemens – seit 1984 im Bau.

Wir sind heute zum Glück nicht mehr im Jahr 1984.

Aber immer noch gibt es das **Deutsch-Brasilianische Atomabkommens von 1975**. Und Deutschland hat 2012 für den Bau des dritten Reaktors *Angra 3* eine Exportbürgschaft über 1,3 Milliarden Euro in Aussicht gestellt. Diese Zusage musste nun nach Protesten zurückgezogen werden.

Meine Fraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, das Abkommen von 1975 zu kündigen,

das damals zwischen Deutschland und Brasilien von der damaligen Militärregierung hier und Kanzler Helmut Schmidt a.D. beschlossen wurde.

Dieser Antrag wird in diesen Tagen zur Abstimmung im Parlament eingebracht.

Es wird fraglich ob es zu einer Kündigung kommen wird. Eine Kündigung des Vertrages, der sich alle fünf Jahre verlängert, ist zwar noch bis November dieses Jahres möglich. Der sozialdemokratische Energie- und Wirtschaftsminister *Sigmar Gabriel* gab aber bereits bekannt, den Vertrag verlängern zu wollen, und die sozialdemokratische Umweltministerin wie der sozialdemokratische Außenminister nicken dazu.

Sie greifen auf eine **Uraltbegründung** zurück:

Das Abkommen ermöglicht der Bundesregierung einen Beitrag zur **Verbesserung der Sicherheit**

von kerntechnischen Anlagen in Brasilien zu leisten. Es liege im deutschen Interesse, auch künftig über diesen Ansatz zu verfügen.

Diese Position ist von der Wirklichkeit **überholt**.

Denn seit Fukushima wissen wir, dass es keine Sicherheit vor dem Super GAU gibt.

Und sie ist **verlogen**:

Solche Atomverträge und Exportkredite führen nicht zu mehr Sicherheit, sondern weiten die Legitimation der Atomkraft. Und führen damit zu weniger Sicherheit. Das Risiko multipliziert sich.

Die Kündigung des Vertrags ist somit eine Frage der Glaubwürdigkeit – vor allem auch der Sozialdemokraten in Deutschland. **Wer im eigenen**

Land aus der Kernkraft aussteigt, kann diese nicht in ihrer Außenpolitik fördern.

Die SPD hatte 2011 noch gefordert aus der internationalen Atomtechnologie auszusteigen und den Nuklearvertrag mit Brasilien zu beenden. Jetzt aber ist davon keine Rede mehr. Es zeigt sich: Die **Atomkraftgegnerschaft der SPD endet derzeit an der Landesgrenze.**

4 Energieaußenpolitik

Die Bundesregierung will angeblich ausweislich ihres Koalitionsvertrages am Atomausstieg festhalten. Doch das „Märchen der Atomkraft“ ist noch immer verbreitet.

Die angeblich technisch und wirtschaftlich günstige und von Lobbyisten propagierte Atom-Technologie ist aus technischen Gründen so we-

nig sinnvoll wie aus wirtschaftlichen und humanitären:

Der Betrieb der Atomkraft ist starr - er trägt nicht zur Flexibilität eines Systems bei, welches auf Erneuerbare basiert. **Grundlastkraftwerke** und ein **hoher Anteil volatiler Erneuerbarer** sind **inkompatibel**.

Daraus folgt: Wer Erneuerbare ausbauen möchte kann nicht Atomkraft aufrechterhalten wollen!

Doch für einen Ausstieg aus der Atomkraft spricht nicht nur die energiewirtschaftliche Perspektive sondern auch eine außenpolitische Perspektive.

Eine zukunftsfähige Energieaußenpolitik hat **drei Ziele: Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit**

und kostengünstigsten Verfügbarkeit von Energie.

Ziel muss es global und in bilateralen Kooperationen sein den Ausbau Erneuerbarer Energien voranzubringen. Und aktiv zu sein in den Internationalen Energieforen im Rahmen der G8 und G20.

Vor dem Hintergrund der Lage in der Ukraine ist gerade die Frage der Versorgungssicherheit, die die aktuell wird.

Europa importiert jährlich für eine halbe Billion Euro Kohle, Öl, Gas und Uran. 84 Prozent des Ölbedarfs der Europäischen Union wird außerhalb ihrer Grenzen gefördert. Bei Uran sind es 100 Prozent.

Und Deutschland selbst importierte 2012 circa 38 Prozent seines Rohöls und 45 Prozent seines Erdgases aus Russland. Deutschland bezahlt für seine Importe mehr als 90 Milliarden Euro pro Jahr – 4 % seines Bruttoinlandprodukts.

Will man in Europa mehr politische Handlungsfreiheit, dann muss man die Abhängigkeit von fossilen wie fossilen Energieimporten verringern.

Das wird in der gegenwärtigen Krise der Ukraine immer deutlicher. Denn mehr als die Hälfte der russischen Erdgaslieferungen gelangen über die Ukraine nach Europa.

Mehr Handlungsfreiheit gelingt mit weniger Importen, und mehr Erneuerbaren, mehr Energieeffizienz und mehr Energieeinsparung und nicht zuletzt mit mehr Klimaschutz.

Komplette Energieautarkie ist in einer globalisierten Ökonomie aber eine Illusion. Sie ist auch sicherheitspolitisch nicht wünschenswert. Aber einseitige Abhängigkeiten sollten vermieden werden.

Deshalb müssen wir zusätzlich Energie einsparen, wir müssen sie effizienter nutzen und wir müssen mehr davon aus erneuerbaren Quellen erzeugen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien erspart Deutschland jährlich rund 150 Millionen Tonnen Treibhausgase. Er macht pro Jahr auch Importe im Wert von 10 Milliarden Euro überflüssig. Dieses Geld trägt zur Wertschöpfung bei.

Würden wir jedes Jahr 2 % unserer Gebäude ordentlich wärmedämmen, würden wir **2030 jähr-**

lich 11 Mrd. und 2050 jährlich 32 Mrd. € sparen.

5 Klimaschutz

Und wir würden entsprechend weniger Treibhausgase produzieren. Merke:

Zur Energiepolitik gehört Klimaschutz.

Klimaschutz kann man in der Sprache der Ökonomie knapp erklären: Die Preise auf den Märkten für Energie, Verkehr und Wärme kalkulieren ohne die Kosten, die der Handel auf diesen Märkten in Form von drastischen Umweltschäden verursacht.

Die Energieerzeugung wurde stets sauberer, aber seit der Jahrtausendwende hat sich dieser Trend umgekehrt: Pro Energieeinheit wird wie-

der mehr CO₂ ausgestoßen, trotz des rasanten Ausbaus der Erneuerbaren.

Schuld ist der wachsende Einsatz von Kohle. Für eine effektive Bekämpfung des Klimawandels müsste daher das Energiesystem radikal umgebaut werden.

Der Anteil klimaschonender Technologien an der Energieerzeugung müsste sich bis 2050 verdreifachen bis vervierfachen.

Deshalb **brauchen** wir globale, anspruchsvolle **Klimaschutzziele**, Ausbauziele für **Erneuerbare** wie für **Energieeffizienz**.

Wir **brauchen** Ziele, mit denen es gelingen kann, die **Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen**.

Und wir brauchen Mut zu Investitionen in die richtigen Technologien!

Das hat vergleichsweise zur Investition in die Atomkraft überschaubare Kosten, und bietet noch viele andere Vorteile!

Der Ausstieg aus der Atomenergie und der Einstieg in Erneuerbare Energien hat in Deutschland eine neue, global wettbewerbsfähig Industrie entstehen lassen. Hierbei entstanden mehr als zehn Mal so viele Arbeitsplätze wie einst in der Atomindustrie beschäftigt waren – bis heute fast 400 000.

Die deutsche Energiewende ist eine Erfolgsgeschichte.

Hieran sollten wir anknüpfen. Deutschland und Brasilien sollten gemeinsam daran arbeiten das

Klima zu schützen, preiswerte Energie zu produzieren und neue Jobs zu schaffen. Das hat Zukunft.

Das Deutsch-Brasilianische Atomabkommen ist Vergangenheit. Es stammt aus einer Zeit, in der Deutschland ans Atom glaubte und die brasilianische Militärjunta Demokraten einsperrte.

Die damals Eingesperrte ist heute ihre Präsidentin und Deutschland hat sich aus dem Irrweg Atom verabschiedet.

Verabschieden wir uns von dieser schlechten Vergangenheit. Gestalten wir die Zukunft – erneuerbar, effizient und energiesparsam.

Vielen Dank.